

Alternative Energiegewinnung – Die Rettung der wirtschaftlichen Zukunft?

Erneuerbare Energien in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Die Frage zur Lösung der globalen Finanzkrise stellen sich Politiker zurzeit immer wieder. Eine Antwort dessen könnte in der Umweltpolitik zu finden sein. Zumal fossile Energieträger in geraumer Zeit verbraucht sein werden und damit ein neues Krisengebiet auf uns zukäme. Davor warnt auch die Internationale Energieagentur (IEA). Sicher ist, dass die Ölkrise zu einer weiteren Schwächung der Wirtschaft führt.

Kapitalinvestitionen der Banken in Solarkraft, Windenergie oder Windelverbrennungsanlagen wären nach diesem Gesichtspunkt angebracht. Dies wäre nicht nur im Angesicht der wirtschaftlichen Situation sondern auch nach moralischen Grundsätzen eine gewissenhafte Vorgehensweise. Auch der anthropogenen Klimaveränderung wäre damit geholfen. Doch Banken und private Investoren zögern in alternative Energien zu investieren. Welchen Ängsten und Risiken sind sie unterlegen?

Marie Ludewig

Und hinterher sind alle schlauer

Ist dies die letzte Krise?

Seit dem Ausbruch der Immobilienkrise Ende 2007 und der folgenden Finanzkrise finden sich in den Medien immer wieder die Fragen, wie konnte das passieren, wer ist schuld, was nun? Eine Frage, die wir uns heute, eineinhalb Jahre nach den Beginnen stellen sollten, ist die in der Überschrift. Kann man wirklich annehmen, dass wir nun gegen neue Krisen resistent sind, weil wir Erfahrungen gesammelt haben und Lehren aus der heutigen Situation ziehen werden? Um diese zu beantworten, wenden wir uns zunächst der Geschichte zu.

Sogenannte Spekulationsblasen sind dort zahlreich zu finden. Der Spiegel führt eine Liste darüber mit dem ironischen Titel „Die schönsten Finanzcrashes der Geschichte“. Darin ist der erste die Tulpenkrise, die ab Februar 1637 die heutige Niederlande bewegte. Um kostbare, aus dem Orient importierte Tulpen, wurde so hoch spekuliert, dass zum Beispiel die „Semper Augustus“ über 10.000 Gulden wert war, das vierfache Jahresgehalt eines damaligen Handwerkers. Das war alles solange schön und gut, bis der Markt für Tulpen zusammenbrach. Der nächste größere Crash kam zur Zeit der „Gründerjahre“ auf. Mitte des 19. Jahrhunderts, die Zeit, die durch den Begriff „industrielle Revolution“ geprägt ist, wurden zahlreiche Aktiengesellschaften gegründet und die Produktion kräftig angekurbelt. Das Angebot überwiegte jedoch die Nachfrage, sodass schließlich Banken pleite gingen und die uns heute bekannte Panik um das angelegte Geld ausbrach.

Von den beiden genannten Beispielen waren jedoch nur vermögende Leute betroffen, das folgende überaus bekannte Beispiel, zog dagegen durch alle Gesellschaftsschichten. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 wird oftmals mit der derzeitigen Finanzkrise verglichen. Damals waren es Automobile, Elektroartikel und Radios die den technologischen Fortschritt versprachen, in den letzten Jahren waren es Immobilien, die lockten.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden sich kleinere Spekulationsblasen, um den Silberpreis in den Siebzigerjahren, um die Immobilienpreise in Japan und zuletzt die sogenannte Dotcom-Blase, die im März 2000 platzte. Das aufkommende Internet ließ als „Zukunftsunternehmen“ gehandelte Firmen entstehen, die Hoffnung auf viel Geld boten. Bis die Gewinnerwartungen nicht erfüllt wurden und einige Unternehmen Insolvenz anmelden mussten.

Woran liegt diese Folge von Krisen? Die Antwort liegt auf der Hand: An der menschlichen Schwäche. Ulrich Schäfer stellte in seinem Artikel „Die Mär vom Markt“, veröffentlicht im Oktober 2008 in der Süddeutschen Zeitung, eine Reihenfolge auf: Als erstes kommt die Gier, das Streben nach dem „großen Geld“. Es folgt die Euphorie, die vom einzelnen Menschen durch die Medien auf die gesamte Gesellschaft ausgebreitet wird und immer mehr einsteigen lässt. Doch dann kommt die Angst. „Die Angst einiger wird zur Furcht aller“, so nennt Schäfer es, die Panik bricht aus und bringt die Blase zum platzen. Diese Reihenfolge der menschlichen Schwächen ist jeder Krise der Vergangenheit abzulesen und solange der Mensch keine Lehren aus vorangegangenen Spekulationsblasen und folgenden Krisen zieht, er weiter so agiert und reagiert wie seine Vorgänger, kann nicht erwartet werden, dass wir vor der letzten Krise stehen.

Gewitterwolken am Horizont

Die Schweinegrippe ist von der WHO als Pandemie auf die höchstmögliche Alarmstufe 6 gesetzt worden. Wie könnten die Auswirkungen auf die Wirtschaft aussehen?

Eine Verschärfung der Krise der angeschlagenen Weltwirtschaft ist durchaus möglich. Kräftige Einbrüche hat bereits die Reisebranche zu verzeichnen: Nach dem Ausbruch der Grippe in Mexiko brachen die Buchungen dorthin stark ein, dasselbe könnte schon bald anderen Zielen blühen.

Unterdessen haben verschiedene Unternehmen begonnen, sich gegen eine mögliche Pandemie zu wappnen: Notfallpläne liegen bereit, Betriebsärzte sind geschult, Strategien erarbeitet: Welche Bereiche der Firma müssen aufrechterhalten werden, worauf kann vorübergehend verzichtet werden? Desinfektionsmittel, Infekt-Blocker und Mundschutzmasken liegen bereit. Nun heißt es: Ruhe bewahren.

Mehr Sorge ist auf den Aktienmärkten zu beobachten: Eine starke Reaktion ist zu erwarten, wenn das Grippe-Virus in großem Stil in Deutschland um sich schlägt. Bereits nach den ersten Verdachtsfällen Ende April reagierten die Börsen empfindlich. Papiere der Airlines und Reiseunternehmen brachen ein, Pharmakonzerne durfte sich über Gewinne freuen. Schon die Sars-Erkrankung hatte vor wenigen Jahren die Aktienmärkte belastet, die Ausgangsbasis ist diesmal durch die schon angespannte Situation der Weltwirtschaft jedoch noch verheerender. Sollte es zu einer Grippe-Pandemie kommen, veranschlagt die Weltbank Kosten in Höhe von 3 Billionen Dollar. Die Weltwirtschaft könnte um 5 % einbrechen.

Pharma-Konzerne erfahren einen Aufschwung: Beim Schweizer Pharma-Konzern Novartis haben bereits mehr als 30 Regierungen angefragt, ob sie Impfstoffe erhalten können. Neueste Technik kommt zum Einsatz: statt wie bisher Impfstoffe mittels Hühnereier herzustellen genügt nun schon eine Zelle. Die Unternehmen bereiten sich auf eine Ausweitung ihrer Kapazitäten vor.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich angesichts dieser Lage vertraglich zusichern lassen, Pandemie-Impfstoff für ihre gesamte Bevölkerung zu erhalten, berichtet Michael Pfeleiderer vom Paul-Ehrlich-Institut in Langen. Dabei kommt Deutschland seine historische Bedeutung bei der Impfstoff-Entwicklung zugute: In Marburg und Dresden stehen moderne Labore und traditionell führende Fabriken bereit. Sie setzen die Tradition von Robert Koch und Emil von Behring fort. Weltweit nur in Marburg dürfen sowohl die normalen Grippe-Impfstoffe als auch die neuen Schweinegrippe-Pandemie-Impfstoff nach den neuen Verfahren hergestellt werden. Deutschland sitzt also quasi an der Quelle.

Unerwartete Unterstützung beim Umgang mit der Seuche erfahren die Gesundheitsbehörden jetzt vom Online-Suchgiganten Google. Mit Hilfe des neuen Programms „Google Flu Trends“ ist es möglich, ein sprunghaftes Ansteigen bei den Suchen nach typischen Symptomen wie Halsschmerzen oder Fieber zu diagnostizieren. Dabei werden die Daten anonymisiert in Echtzeit weiterverarbeitet, ohne dass mehrere Tage vergehen müssen, bis Patienten endlich zum Arzt gehen und dieser den Ausbruch der Krankheit meldet. Damit können Gesundheitsämter schneller Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergreifen und die Pandemie effektiver eindämmen.

Ob all diese Maßnahmen allerdings den gewünschten Effekt erzielen können, bleibt abzuwarten.

Kapitalismus oder Demokratie?

Die Frage der Zukunft?

These: Kapitalismus und Demokratie passen nicht mehr zusammen

Bei einem vergleichenden Blick auf die Wirtschaftswachstumsraten demokratischer Staaten zu Autokratien fällt sofort auf, dass Demokratien im Kapitalismus deutlich weniger erfolgreich sind. Doch wieso ist das der Fall? Was machen Demokratien wirtschaftlich „falsch“? Warum hat Russland ein BIP-Wachstum im Jahr 2007 von circa 8,1% während die USA lediglich bei 2,2% liegen?

Wirtschaftlich im Nachteil befinden sich Demokratien durch die Demokratie selbst. Gegründet auf der Freiheit des Menschen, greift der demokratische Staat nur in Notfällen in wirtschaftliche Geschehen ein um großen Schaden abzuwenden. Lange war diese Form der Wirtschaftspolitik erfolgreich, doch seit auch Autokratien die Vorteile des Kapitalismus für sich nutzen, wirken die Wachstumsraten der Demokratien im internationalen Vergleich nicht mehr so großartig.

Warum können Autokratien den Kapitalismus besser nutzen? Durch staatliche Eingriffe und Reglementierungen werden hier die Ressourcen maximal genutzt und somit enorme Wachstumsraten möglich. Der Preis dafür ist allerdings hoch.

Häufiges und regelmäßiges Eingreifen in Wirtschaft und Gesellschaft lassen Freiheit der Bevölkerung nicht zu oder schränken sie zumindest stark ein.

Wirtschaftswachstum und globale Macht gehen Hand in Hand und es ist nicht erstrebenswert Wirtschaftswachstum gegenüber der Freiheit des Menschen vorzuziehen.

Werden wir uns für oder gegen den Kapitalismus entscheiden? Und welche Alternativen sind denkbar?

Die Schuldenbremse: Ein Weg aus dem Teufelskreis?

Über 1,5 Billionen Euro Staatsverschuldung, rund 4500 € kommen jede Sekunde drauf. Über jedem deutschen Staatsbürger türmt ein Schuldenberg von mehr als 19.000 € - vom Rentner bis zum Kleinkind. Um diesem „Schraubstock der Verschuldung“, so Steinmeier, zu entgehen, hat der Bundesrat nun eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse beschlossen: Ab 2016 dürfen Bund und Länder höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes an frischen Krediten aufnehmen, ab 2020 dürfen Bundesländer gar keine Schulden mehr verzeichnen. Ausnahmesituationen sind Naturkatastrophen und Krisen – wie diese/die derzeitige.

Doch ist diese Schuldenbremse der effektive Weg, den Haushalt auszugleichen oder gar den Schuldenberg abzubauen? In der Schweiz gibt es ein solches Gesetz seit 2001 und hier lässt sich seit einigen Jahren ein konstanter Trend im Schuldenabbau feststellen. Nach diesem Beispiel will die Bundesregierung nun ihre zukünftige Finanzpolitik sicherstellen und einen Staatsbankrott auf lange Sicht verhindern. Dieser Schritt scheint dringend notwendig: Rund ein Achtel der Steuereinnahmen wird derzeit schon allein zur Tilgung der Verschuldungszinsen verwendet und die Zinseszinsen verheißen keine Hoffnung auf eine Besserung. Dennoch scheint das Gesetz im Widerspruch zu den Konjunkturspritzen der Bundesregierung zu stehen: Erst soll mit Steuerentlastungen und Investitionen der Konsum angeheizt werden und dann wird das Vorhaben ruckartig ausgebremst?

Finanzkrise, Staat und Unternehmen - eine komplizierte Dreiecksbeziehung!

Manchmal erfordern außergewöhnliche Umstände außergewöhnliche Maßnahmen!
In Zeiten der Krise fordern laute Stimmen sofortiges Handeln des Staates, dass dieses Eingreifen auch eine gewisse Problematik mit sich bringen kann wird erst auf den zweiten Blick klar.

Durch die Finanzkrise wurden viele Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen. Vom Staat gibt es verschiedene Möglichkeiten solche Unternehmen zu retten z.B. sog. Staatsbürgschaften. Da auch dem Staat nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen gibt es dabei einen Haken: Nur wer durch die wirtschaftliche Krise vorübergehend und unverschuldet in Schwierigkeiten geraten ist, kann mit einer solchen Hilfe des Staates rechnen. Wer also (nach 2005) selbstverschuldet in die roten Zahlen gerutscht ist, muss sich selbst aus der Misere ziehen und im Fall von kompletter Zahlungsunfähigkeit Insolvenz anmelden. Aber wo kommt das ganze Geld her? Die „Kredittöpfe“ lagern bei der Staatsbank (KfW) und die Entscheidung darüber, welches Unternehmen Unterstützung bekommt, hängt von der Höhe des Betrages ab. Außerdem wird der Ruf des Auftragsstellers bewertet, seine Bonität. Zuletzt war dies der Fall bei Opel, als die Insolvenz durch eine Staatsbürgschaft abgewendet werden konnte.

Doch was passiert, wenn der Staat zu sehr in die Vorgänge der sozialen Marktwirtschaft eingreift? Wann ist die Grenze erreicht? Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zeichnet sich durch eine soziale Marktwirtschaft aus, diese definiert sich dadurch, dass der Staat lediglich einen Ordnungsrahmen steckt. Dieser Rahmen kann von den Unternehmen ausgefüllt werden. Ein zu großer Eingriff des Staates könnte einer Planwirtschaft zu nahe kommen. Der Staat würde somit die gesamte Wirtschaft regulieren, indem er die Preise festsetzt und durch die Einbringung hoher Geldsummen in Unternehmen zu großen Einfluss gewinnen könnte. Der Schritt zur Verstaatlichung wäre dann nur noch sehr klein. Privateigentum und Wettbewerbsfreiheit wären somit nicht mehr gewährleistet.

Letztendlich kann gesagt werden, dass beide Extreme Vor- und Nachteile mit sich bringen. Einerseits ist es von Bedeutung, dass systemrelevante Unternehmen bestehen bleiben, um ein Zusammenbrechen der Marktwirtschaft zu verhindern und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Andererseits darf der Staat durch sein Eingreifen in der Wirtschaft nicht zu sehr an Einfluss gewinnen, denn eine derartige Machtposition könnte allzu schnell ausgenutzt werden. Vielleicht wäre es aber wünschenswert, wenn der Staat seine Hilfe mehr auf ein Fortbestehen mittelständischer Familienunternehmen konzentrieren würde, um eine zu große Marktmacht einiger weniger Unternehmen zu vermeiden.

Von: Hannah Marleen Fuß und Elisabeth Fricke

Wie viel Staat in der Wirtschaft ist gesund?

These: Der Staat greift doch oft genug in die Wirtschaft ein, doch ist das auch immer gesund für das Verhältnis von Staat und Wirtschaft? Würde nicht zu viel „Hilfe“ von Seiten des Staates der Wirtschaft schaden, ganz nach dem Motto „Schuster bleib bei deinen Leisten“? Um harte Entscheidungen werde Deutschland nicht herumkommen, erklärte Angela Merkel in Bezug auf die Arcandor- Insolvenz auf der Internetseite des deutschen Bundestages. Arcandor ist somit kein potentieller Kandidat für eine staatliche Hilfe, doch ob eine staatliche Hilfe so viel besser als die Insolvenz gewesen sei bleibt fraglich.

Dass die Regierung deutschen Firmen mit Bürgschaften und Krediten hilft kann und ist natürlich von Vorteil für die Unternehmen, die kurz vor der Pleite stehen, doch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass der Staat somit in die freie Marktwirtschaft eingreift und eine Einmischung von staatlicher Seite aus ist nicht immer gleich etwas Gutes. Manch einer ist für die strikte Trennung von Politik und Wirtschaft, ein anderer sieht die Rettung -vor allem jetzt zu Zeiten der Wirtschaftskrise- in der Verstaatlichung der Betriebe und Banken. Doch treiben wir so nicht eine Sozialisierung voran, das Privateigentum zum Gemeineigentum zu machen und somit Produktion und Arbeit unter eine öffentliche Kontrolle zu stellen?

Als Beispiel dient hier die Verstaatlichung der Hypo Real Estate in Deutschland oder die der Royal Bank of Scotland in Großbritannien. Seit letztere von Seiten der britischen Regierung verstaatlicht wurde, wurde die Vergabe von Krediten so gut wie eingestellt, da London die Finanzierung von deutschen Unternehmen durch eine schottische Bank missbillige. Der Staat mischt sich also in Bereiche, die eigentlich gar nicht seinem Aufgabenbereich obliegen.

Zwar rettet er so ein Stück weit mehr den Finanzmarkt, doch verwischt er damit auch die Grenzen der Fairness und der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit untereinander, da die eine Bank nun grundsarniert ist und zumindest wieder ein mehr oder weniger solides Fundament hat wohingegen eine andere Bank zwar bereits eine Schlinge um den Hals doch aber noch keine Balken zum Aufhängen hatte und einer staatlichen Unterstützung nicht bedurfte. Aber dennoch sich nun im Vergleich auf ein marodes Gerüst stützen muss, was in einem direkten Vergleich wohl eher den Kürzeren ziehen würde.

Denn wer würde auch schon in einen Gebrauchtwagen investieren bzw. vertrauen, wenn er auch einen Neuwagen mit staatlichen Absicherungsairbags haben könnte?

Durch die Verstaatlichung von Hypo Real Estate, hält dieser nun mehr als 90 Prozent der Aktien und ist somit Großaktionär. Zu beachten ist hierbei, dass der Staat somit aber auch mehr Einfluss auf die Wirtschaft ausüben kann. Zwar ist eine Marktwirtschaft ohne jegliche staatliche Regulierung wahrscheinlich nur in der Theorie umsetzbar, doch eine allgemeine und komplette Verstaatlichung sämtlicher deutscher Unternehmen und Banken käme allerdings einer totalen Sozialisierung gleich, die nicht unbedingt von Vorteil wäre.

Wie wir uns erinnern funktionierte dieses System vor rund 20 Jahren auch nicht, was sich letztlich ja auch am Zusammenbruch der DDR beweisen lässt. Wer möchte auch gern nur aufgrund von staatlicher Kontrolle 5 Jahre auf eine neue Waschmaschine warten?

Wer nun das wohl gut funktionierende Beispiel Chinas einbringt, der vergisst das repressive Umfeld in welchem eine solche Wirtschaft betrieben wird.

Doch wann ist denn nun genug Staat in der Wirtschaft und wie viel Staat ist gesund für sie? Wahrscheinlich ist es eine Mischung aus beidem. Vielleicht geht es nicht ohne eine jegliche Einmischung durch die Regierung, um einen Zusammenbruch des Finanzmarktes und der Marktwirtschaft zu verhindern und somit auch den rapiden Arbeitsplatzverlust. Jedoch müsste man diese Einmischung genau auf die Waagschale legen, um nicht zu weit von kapitalistischen Grundsätzen abzuweichen und so abzurutschen in die schattigen Gefilde einer Planwirtschaft. Um ein gesundes Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu garantieren, gilt für den Staat das Motto „Schuster bleib bei deinen Leisten“.

Zwiegespaltene Hochschullandschaft

Abitur in der Tasche, was nun? Diese wichtige und zukunftsweisende Frage stellen sich jedes Jahr viele junge Menschen. 2007 waren es rund 400000, davon entschieden sich 358000 für ein Studium. Nach der Wahl des Studienfaches unter Berücksichtigung der persönlichen Neigungen und Fähigkeiten steht die Entscheidung der Uni an. Zurzeit erheben sechs Bundesländer Studiengebühren. Diese tragen wesentlich zur Entscheidung der jungen Leute bei. Denn gerade für Jugendliche aus finanziell schwachen Familien scheiden Unis mit Gebühren von vornherein aus – die geforderten Beträge würden den Rahmen, die Familienkasse sprengen. Dabei ist die Intention genau gegenteilig: Studiengebühren sollen Gerechtigkeit und Chancengleichheit fördern, die Bedingungen an den Bildungseinrichtungen sollen verbessert, der öffentliche Haushalt entlastet werden. Ob dies auf Kosten der jungen, unterstützungswürdigen Generation gehen kann, ist fragwürdig. Desweiteren wird eine Verkürzung der Studienzeit angestrebt: Wer bezahlen muss, beeilt sich und studiert zielstrebig, um Geld zu sparen, so der Gedanke dahinter. Bereits 2005 sagte der damalige Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Gaetgens: „Studienbeiträge werden unausweichlich sein“, um so die sinkenden öffentlichen Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft zu kompensieren. Die Hochschulausbildung eine käufliche Ware statt Allgemeingut für Alle? Diesen Anschein hat es. Besonders an Privatinstitutionen werden Studenten zur Kasse gebeten: 590 € im Monat sind Satz für ein Bachelorstudium an der UMC in Potsdam.

Investitionen in die Zukunft sind lohnenswert, mag manch einer denken, wenn sich die Studienbedingungen und die Infrastruktur an der jeweiligen Uni verbessern, denn nur so sind Qualität und hoher Standard in der Ausbildung garantiert. Doch ist das der Fall? Wie viel Geld fließt tatsächlich den Hochschulen zu? Genaue Zahlen sind nicht zu erhalten. Mehr Transparenz wäre also wünschenswert.

Getreu dem Motto „Was woanders (scheinbar) funktioniert, geht auch in Deutschland“ sind nach wie vor die USA Vorbild für Studiengebühren-Befürworter. Das Hauptziel nach Chancengleichheit scheint erfüllt. Aber: Zwar sind dort mehr Jugendliche aus sozial schwachen Familien an Universitäten eingeschrieben (insgesamt 60 %), jedoch eher an Zweijahres-Colleges (51 %) statt an angesehenen Vierjahres-Unis oder gar Privateinrichtungen (9 %). Quantität ist eben nicht gleich Qualität. Zum Vergleich: In Deutschland studieren rund 33 % aus sozial schwachen Familien.

Die Folge der hohen Gebühren im Land der unbegrenzten Möglichkeiten: unbegrenzte Verschuldung, der Absolventen, im Durchschnitt mehr als 30000 US-\$.

Ein weiterer Aspekt ist die Ermittlung der Höhe der Studiengebühren. Australien geht mit einem Beispiel voran. Dort gibt es drei Preiskategorien, angeführt von Medizin und Jura über Wirtschaft und Naturwissenschaft hin zu den Schlusslichtern Geistes- und Kulturwissenschaften. Materielle (Be-)Wertung der einzelnen Disziplinen also.

Hierzulande setzen Unis mit Gebührenfreiheit diesen Fakt oftmals gezielt als Lockmittel ein, um Studenten anzuziehen. Gerade die neuen Bundesländer führen gezielt keine ein, damit sich mehr junge Leute den Standortvorteil nutzen und sich immatrikulieren.

All diese direkten und indirekten Auswirkungen von Studiengebühren (Bildung als käufliche Ware, Werbung mit Gebührenfreiheit, materielle Bewertung von unterschiedlichsten Disziplinen) sind widersprüchlich und ethisch fraglich. Studiengebühren wirken meiner Meinung nach klar als Marktverzerrer und begründen ein Zwei-Klassen-System in der Hochschullandschaft.

Wiebke Neelsen

These: Staatlicher Eingriff in die Wirtschaft hat schwerwiegende Folgen. Man muss daher unbedingt Vor- und Nachteile genau abwägen und vorschnelle Entscheidungen vermeiden.

„Wer Karstadt sterben lässt, trägt auch die soziale Marktwirtschaft zu Grabe, denn Karstadt schafft Arbeitsplätze und nicht Mini-Jobs!“ Dieser Slogan stand beider Demonstration von über 8.000 Arcandor-Beschäftigten am 16. Mai in Berlin auf vielen Plakaten. Heute – knapp drei Wochen später – weiß man, dass Arcandor die Staatshilfen, für die die Angestellten dort auf die Straße gingen, verwehrt blieben. Ob das allerdings das Ende Karstadts bedeutet, ist fraglich.

Ebenso fraglich ist der Zusammenhang zwischen der Rettung von maroden Unternehmen und der sozialen Marktwirtschaft. In einer sozialen Marktwirtschaft soll der Staat sich darauf beschränken, einen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft zu setzen, um fairen Wettbewerb zu gewährleisten und zu große soziale Ungleichheiten zu verhindern. Im Falle der Banken war dieser Rahmen offensichtlich zu weit gesteckt, denn nur so konnten die Banker hohe Risiken eingehen und dadurch ungewollt die Wirtschaftskrise herbeiführen.

Die Bundesregierung hat sich nun für stärkere Eingriffe in die Ökonomie entschieden. So wurde die Hypo Real Estate teilweise verstaatlicht und Opel durch Staatsbürgschaften und – kredite unterstützt. Neben diesen Maßnahmen enthalten Merkmals Konjunkturpakete auch die Umweltprämie und Kurzarbeit.

Durch den Vertrauensverlust zwischen den Banken und deren eigene, angespannte finanzielle Situation werden nur noch wenig neue Kredite vergeben. Unternehmen wie Arcandor, die diese dringend benötigen würden, um Zeit zu gewinnen und Investitionen zur Selbstrettung zu tätigen, haben dabei das Nachsehen. Hier springt nun der Staat ein. Der Prozess der Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Unternehmen, der in der sozialen Marktwirtschaft automatisch erfolgt, wird nun von der Regierung übernommen. Das kann zwar Arbeitsplätze erhalten, aber auch schwerwiegende negative Folgen haben. So bedeutet eine Staatsbürgschaft nicht unbedingt das langfristige Überleben des Unternehmens, sodass möglicherweise viele Steuergelder vergebens ausgegeben werden. Außerdem kann es passieren, dass an sich gesunde Unternehmen, die mit dem vom Staat unterstützen Unternehmen in Konkurrenz stehen, schließlich selbst insolvent werden, weil der Markt schlicht nicht groß genug für beide ist.

Außerdem wurden zusätzlich Maßnahmen wie Umweltprämie, Kurzarbeit und Investitionen im Bildungsbereich und in der Infrastruktur getroffen. Diese sollen die Automobilbranche fördern, Arbeitsplätze erhalten und zum Beispiel Gebäudesanierungen und – modernisierungen finanzieren (und dabei gleichzeitig die Baubranche unterstützen). Doch wird die Nachfrage nach Neuwagen nach Ablauf der „Abwrackprämie“ stark einbrechen, der Verlust von Arbeitsplätzen in maroden Unternehmen nur zeitlich aufschieben und Gebäudesanierungen werden danach auch nicht mehr gefragt sein. All diese Maßnahmen verlagern die Lösung des Problems also allenfalls nur nach hinten.

Der staatliche Eingriff in die Wirtschaft kann also nützen aber auch mindestens genauso viel schaden. Es gilt daher, Vor- und Nachteile genauestens abzuwägen. Vorschnelle Entscheidungen, die nur der Beruhigung der Bevölkerung dienen, wie das bei den Konjunkturpaketen der Fall war, sind unbedingt zu vermeiden.

Bei Arcandor wurde lange überlegt, und die Staatshilfen schließlich nicht erteilt. Nun gibt es schon Pläne für eine kleinere Version von Karstadt für Mittel- und Kleinstädte, und auch erste, interessierte Investoren haben sich gemeldet. Das „Sterben“ Karstadts ist also unwahrscheinlich – genauso wie das Ende der sozialen Marktwirtschaft.